

# RISEUP AGAINST WAR — RISEUP FOR SOLIDARITY

**Wir blockieren heute das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn bei Frankfurt am Main, um unsere Ablehnung gegen Krieg und Rüstungsexporte deutlich zu machen. Wir solidarisieren uns mit allen die weltweit für Freiheit, Demokratie und eine friedliche und gerechte Welt auf die Straße gehen, ob in Chile, Libanon oder Rojava!**

Die deutsche Bundesverwaltungsbehörde BAFA ist eine von zwei Instanzen, die den Export von Rüstungsgütern und Waffen von Rheinmetall, Thyssen Krupp, SIG Sauer etc. bewilligen oder ablehnen kann. Letzteres passiert in der Regel nicht - so wurden allein 2017 lediglich 89 von 11.491 Anträgen auf die Ausfuhr von Rüstungsgütern abgelehnt. Das sind, aufgerundet, ganze 0,8 Prozent. Entgegen falscher Behauptungen der Bundesregierung, sie verfolge eine ‚restriktive Rüstungspolitik‘, thematisieren wir heute die deutsche Politik des Todes.

Deutsche Waffen kommen in vielen Krisen- und Kriegsgebieten zum Einsatz. Ob in Mexiko, Kolumbien, Nordsyrien oder im Jemen – die deutsche Beteiligung an aktuellen Kriegen und militärischen Konflikten ist offensichtlich. Davon profitieren vor allem die großen Rüstungskonzerne. Um Frieden dreht es sich dabei nie. Statt Friedensbemühungen, findet stattdessen demnächst das größte Kriegsmanöver der Nachkriegsgeschichte statt: das Manöver „Defender 2020“. Dies ist die reine Kriegsvorbereitung, inmitten der Hochphase militärischer Konflikte weltweit. Erneut beweist die Bundesregierung ihren fehlenden Willen, sich für Menschenrechte und das friedliche Zusammenleben der Länder einzusetzen.

Wir fordern das BAFA auf, umgehend alle Genehmigungen für Rüstungsgüter auszusetzen. Die Behörde und ihre Mitarbeiter\*innen müssen ihre Mittäterschaft bei völkerrechtswidrigen Kriegen, wie es zurzeit in Nordsyrien oder im Jemen passiert, beenden. Die Angestellten haben die Möglichkeit die Mitschuld am Tod Unzähliger zukünftig zu unterbinden. Da die Politik versagt, richten wir uns heute an die Mitarbeiter\*innen der Behörde. Damit auch sie sich für den Frieden, besonders in Krisenregionen, einsetzen und dem Morden ein Ende bereiten.

Wir fordern den Stopp aller Rüstungsexporte und rufen auf zur Beteiligung an Protesten gegen das Defender 2020 Manöver, zur Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz am 15. Februar in München und dem Bühnensturm der Rheinmetall Hauptversammlung am 5. Mai in Berlin.

**RISEUP AGAINST WAR —  
RISEUP FOR SOLIDARITY**

# RISEUP AGAINST WAR — RISEUP FOR SOLIDARITY

**Wir blockieren heute das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn bei Frankfurt am Main, um unsere Ablehnung gegen Krieg und Rüstungsexporte deutlich zu machen. Wir solidarisieren uns mit allen die weltweit für Freiheit, Demokratie und eine friedliche und gerechte Welt auf die Straße gehen, ob in Chile, Libanon oder Rojava!**

Die deutsche Bundesverwaltungsbehörde BAFA ist eine von zwei Instanzen, die den Export von Rüstungsgütern und Waffen von Rheinmetall, Thyssen Krupp, SIG Sauer etc. bewilligen oder ablehnen kann. Letzteres passiert in der Regel nicht - so wurden allein 2017 lediglich 89 von 11.491 Anträgen auf die Ausfuhr von Rüstungsgütern abgelehnt. Das sind, aufgerundet, ganze 0,8 Prozent. Entgegen falscher Behauptungen der Bundesregierung, sie verfolge eine ‚restriktive Rüstungspolitik‘, thematisieren wir heute die deutsche Politik des Todes.

Deutsche Waffen kommen in vielen Krisen- und Kriegsgebieten zum Einsatz. Ob in Mexiko, Kolumbien, Nordsyrien oder im Jemen – die deutsche Beteiligung an aktuellen Kriegen und militärischen Konflikten ist offensichtlich. Davon profitieren vor allem die großen Rüstungskonzerne. Um Frieden dreht es sich dabei nie. Statt Friedensbemühungen, findet stattdessen demnächst das größte Kriegsmanöver der Nachkriegsgeschichte statt: das Manöver „Defender 2020“. Dies ist die reine Kriegsvorbereitung, inmitten der Hochphase militärischer Konflikte weltweit. Erneut beweist die Bundesregierung ihren fehlenden Willen, sich für Menschenrechte und das friedliche Zusammenleben der Länder einzusetzen.

Wir fordern das BAFA auf, umgehend alle Genehmigungen für Rüstungsgüter auszusetzen. Die Behörde und ihre Mitarbeiter\*innen müssen ihre Mittäterschaft bei völkerrechtswidrigen Kriegen, wie es zurzeit in Nordsyrien oder im Jemen passiert, beenden. Die Angestellten haben die Möglichkeit die Mitschuld am Tod Unzähliger zukünftig zu unterbinden. Da die Politik versagt, richten wir uns heute an die Mitarbeiter\*innen der Behörde. Damit auch sie sich für den Frieden, besonders in Krisenregionen, einsetzen und dem Morden ein Ende bereiten.

Wir fordern den Stopp aller Rüstungsexporte und rufen auf zur Beteiligung an Protesten gegen das Defender 2020 Manöver, zur Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz am 15. Februar in München und dem Bühnensturm der Rheinmetall Hauptversammlung am 5. Mai in Berlin.

**RISEUP AGAINST WAR —  
RISEUP FOR SOLIDARITY**